

EINLADUNG

9. Öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Freitag, 14.10.2022, 16:30 Uhr

Raum, Ort: BVV-Saal, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin

Tagesordnung

- 1 Begrüßung und Feststellung der Tagesordnung
- 2 Wahl: Beratendes Mitglied für den Verwaltungsrat Eigenbetrieb Kindertagesstätten Nordwest

In der 5. Öffentlichen Sitzung wurden bereits Alissa Wiemann und Constanze Röder (Stellvertretung) als stimmberechtigte Mitglieder für den Eigenbetrieb Kindertagesstätten Nordwest gewählt und durch die BVV bestätigt. Damit gelten sie jedoch als entsandte Personen für die BVV, nicht aber für den Jugendhilfeausschuss. Damit es keine Doppelungen in den Personen gibt, muss daher für den Jugendhilfeausschuss noch ein beratendes Mitglied, sowie eine Vertretung gewählt werden.

Bisher eingegangene Wahlvorschläge: keine erhalten.

- 3 Wahl: Besetzung des Bezirksschulbeirates (BSB) mit einem stimmberechtigten Mitglied des Jugendhilfeausschusses

Infolge der Änderung des § 111 SchulG Berlin (siehe Anhang) kann ein stimmberechtigtes Mitglied aus dem JHA in den BSB gewählt werden.

Bisher eingegangene Wahlvorschläge:

- Adrian de Souza Martins (Bündnis 90/Die Grünen)

- 4 Teilhabe an Kommunalpolitik ermöglichen –
Gebärdensprachdolmetscher:innen für politische Gremien
Fraktion DIE LINKE

0145/6

Gast: Herr Jürgen Friedrich (Beauftragter für Menschen mit Behinderung in Charlottenburg-Wilmersdorf) & vrstl. Herr Patrick Seifert (Ehrenmitglied des KJP)

- | | | |
|----|--|---------------|
| 5 | Vielfältigkeit leben - queere Jugendarbeit voranbringen!
SPD-Fraktion | 0216/6 |
| | Inkl. Änderungsantrag der CDU-Fraktion (siehe Anhang) | |
| 6 | Kinder- und Jugendschutz in Pandemie-Zeiten aktiv stärken
CDU-Fraktion | 1918/5 |
| 7 | Hortantrag vereinfachen
SPD-Fraktion | 0095/6 |
| 8 | Europa stärken
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen | 0101/6 |
| 9 | Stadt der Kinder
SPD-Fraktion | 0128/6 |
| 10 | Endlich wieder eine Einrichtung der staatlichen Jugendförderung in
Westend schaffen
CDU-Fraktion | 0129/6 |
| 11 | Personaleinstellungen im Jugendamt beschleunigen
FDP-Fraktion | 0179/6 |
| 12 | Familienzentrum für Alle
SPD-Fraktion | 0204/6 |
| 13 | Jugendfreizeiten aufstocken
SPD-Fraktion | 0244/6 |
| 14 | Verschiedenes | |
| 15 | Nächster Sitzungstermin: 03. November 2022 | |

Im Falle der Verhinderung wollen Sie die Einladung bitte Ihrer Vertreterin bzw. Ihrem Vertreter zusenden oder Ihr Fraktionsbüro benachrichtigen.

A. Wiemann
Ausschussvorsitzende

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion DIE LINKE

Grunde-Brunner/Juckel/Zetsche

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0145/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Teilhabe an Kommunalpolitik ermöglichen – Gebärdensprachdolmetscher:innen für politische Gremien

Das Bezirksamt wird beauftragt, in den Bezirkshaushalt 2023/24 hinreichende Mittel für die Beauftragung von Gebärdensprachdolmetscher:innen für alle per Livestream übertragenen BVV-Sitzungen (vgl. Drucksache 2021/5), Sitzungen des Kinder- und Jugendparlaments sowie der Sitzungen der Senior:innen-Bezirksversammlung bereitzustellen. Die vertragliche Regelung soll dabei so gestaltet werden, dass das Bezirksamt einen Vertrag mit Anbieter:innen abschließt, der alle genannten Sitzungstermine abdeckt, so dass nicht für jede einzelne Sitzung separate Aufträge erteilt und Angebote eingeholt werden müssen.

Eine Fortführung und Verstetigung des Angebots in nachfolgenden Bezirkshaushalten ist zu gewährleisten.

Der BVV ist zum 30.09.2022 zu berichten.

Begründung:

Die Teilhabe an kommunalpolitischen Entscheidungen muss allen Bürger:innen gewährleistet sein, doch bisher sind taube, schwerhörige oder ertaubte Menschen im Bezirk davon ausgeschlossen. Als Träger öffentlicher Belange sind die Bezirksämter gemäß UN-Behindertenkonvention (Artikel 9) dazu verpflichtet, geeignete Maßnahmen mit dem Ziel zu treffen, für Menschen mit Behinderungen den gleichberechtigten Zugang zur physischen Umwelt einschließlich Information und Kommunikation sicher zu stellen. Die UN-Behindertenrechtskonvention ist in Deutschland unmittelbar geltendes Recht. Mit der Bereitstellung von Gebärdensprachdolmetschung für die Sitzungen der BVV, des Kinder- und Jugendparlaments sowie der Senior:innen-Bezirksversammlung setzt das Bezirksamt dieses Recht auf Teilhabe endlich um.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempff/Dr. Biewener

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0216/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Vielfältigkeit leben - queere Jugendarbeit voranbringen!

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, einen Aktionsplan zur Integration von LSBTIQ* Lebensweisen in der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit für den gesamten Bezirk zu erstellen. Dies soll federführend durch die Abteilung Jugend und Gesundheit bearbeitet werden.

Darüber hinaus soll sich der Bezirk dafür einzusetzen, dass queere Jugendarbeit als Angebot der Träger für die Kinder- und Jugendarbeit im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf ab dem Förderjahr 2024 ausdrücklich aufgenommen wird. Die Träger der Jugendhilfe im Bezirk sollen Vorschläge für dauerhafte Jugendfreizeitangebote für queere Jugendliche machen.

Der BVV ist erstmalig bis zum 30.11.2022 und danach vierteljährlich zu berichten.

Begründung:

Gerade jungen Menschen fällt es schwer, ihre Persönlichkeit auszuleben, wenn sie keine Vorbilder oder gemeinsamen Austausch haben. Die Jugendfreizeiteinrichtungen können solch ein Ort sein, um einen Schutzraum für jungen Menschen zu bieten, die sich der queeren Community zugehörig fühlen oder noch auf der Suche nach sich selbst sind. Es ist wichtig, das bereits früh damit begonnen wird, Kinder und Jugendlichen aufzuzeigen, dass schwul, lesbisch, queer, trans, non-binär oder inter- sein ganz normal ist und nichts, wofür man sich rechtfertigen muss.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

CDU-Fraktion

Klose/Förschler/Wagner

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1918/5**

Beratungsfolge:

*Datum**Gremium***Kinder- und Jugendschutz in Pandemie-Zeiten aktiv stärken**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, die aktuellen Unterstützungsangebote des Jugend - und Schulamtes für Kinder und Jugendliche zur Bewältigung der Probleme der Corona-Pandemie auf seiner Website darzustellen. Des Weiteren soll das BA ein Konzept zur Bewältigung der Langzeitfolgen erarbeiten.

Der BVV ist bis zum 31.05.2021 zu berichten.

Begründung:

Ggf. mündlich.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempff/Bodensiek

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0095/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Hortantrag vereinfachen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten zu prüfen, ob im Rahmen der Beantragung eines Hortgut-scheins und des Abschlusses eines Betreuungsvertrages, das Verwaltungsverfahren für den Bürger*innen durch direkte Kommunikation zwischen der jeweiligen Schule und dem Jugendamt ggfs. mit einer entsprechenden Einwilligung gem. Art. 6 Absatz 1 lit. a) DSGVO vereinfacht werden kann.

Der BVV ist bis zum 30.6.2022 zu berichten.

Begründung:

Durch den Wegfall des mehrfachen Versands zwischen Schule, Erziehungsberechtigten und Jugendamt können die Verfahren zu Gunsten aller Beteiligten erheblich beschleunigt und vereinfacht werden.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Weise/de Souza Martins

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0101/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Europa stärken

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, im Rahmen des europäischen Jahres der Jugend auf die geplanten Veranstaltungen hinzuweisen und selber Veranstaltungen anzubieten, um den Zusammenhalt in Europa zu stärken und die Möglichkeiten des europäischen Austauschs zu fördern.

Der BVV ist bis zum 30.8. 2022 zu berichten.

Begründung:

Gerade jetzt ist es wichtig, Europa zu stärken und die Möglichkeiten der Begegnung und des Austauschs zu nutzen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempff/Dr. Biewener

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0128/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Stadt der Kinder

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, ein Konzept zu entwickeln, das den Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf zu einem Bezirk der Kinder weiterentwickelt. Dabei sind folgende Schwerpunkte zu setzen:

- Angelehnt an das Konzept „Raum für Kinder“ des Bezirksamtes Spandau, soll die Beteiligung von Kindern an Spielplatz Neu- und Umbauten verstärkt werden.
- Die bestehende Auflistung auf der Internetseite des Bezirksamtes soll in einer kindgerechten Form aufbereitet und regelmäßig aktualisiert werden.
- Einmal im Jahr sollen sogenannte Spielplatztage im Bezirk stattfinden, dabei werden Angebote auf den verschiedenen Spielplätzen unter Einbeziehung von örtlichen Initiativen durchgeführt. Im Zentrum der Spielplatztage soll ein Abschlussfest auf einem zentralen (Spiel-)Platz stehen.

Der BVV ist bis zum 30.09.2022 zu berichten.

Begründung:

Charlottenburg-Wilmersdorf besitzt als Innenstadtbezirk sehr wenig Spielflächen. Inzwischen gibt es Konkurrenzdruck zwischen den wenigen bezirkseigenen Flächen. Es ist daher ein wichtiges Anliegen, dass wir die wenigen Spielflächen pflegen und entsprechend Instandhalten. Diese Instandsetzungen sollen gemeinsam mit den Kindern vor Ort erfolgen. Das Konzept des Bezirksamtes Spandau, „Raum für Kinder“ biete einen Ansatz an, wie mit Beteiligung von Kindern umgegangen werden kann. Darüber hinaus werden bei „Raum für Kinder“ auch Projektpartner*innen und Sponsor*innen mit in die Planung einbezogen. Wichtiges Element ist dabei eine zentrale Webseite, auf der alle

Spielplätze aufgeführt werden. Einmal im Jahr gibt es darüber hinaus ein bezirksweites Fest: die Spielplatztage. Unter Einbeziehung von örtlichen Initiativen werden kleine Feste auf den Spielplätzen ausgerichtet, um mit einem zentralen großen Kinderfest die Spielplatztage enden zu lassen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

CDU-Fraktion

Häntsch/Schmidt-Statzkowski/Pönack

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0129/6**

Beratungsfolge:

Datum *Gremium*

BVV

Endlich wieder eine Einrichtung der staatlichen Jugendförderung in Westend schaffen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, einen Plan zur Schaffung einer Einrichtung der bezirklichen Jugendförderung in Westend mit Finanzierungsplan und in Frage kommenden Grundstücken zu erstellen und der BVV Charlottenburg-Wilmersdorf und dem Jugendhilfeausschuss bis zum 30. Juni 2022 vorzulegen.

Begründung:

Seit der Schließung des Jugendheims in der Soorstraße 85 gibt es keine Einrichtung der staatlichen Jugendförderung mehr in Westend.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
FDP-Fraktion
Recke/Zeh

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0179/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Personaleinstellungen im Jugendamt beschleunigen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass mögliche Mitarbeiterinnen oder Mitarbeitern der offenen Kinder- und Jugendarbeit die durch eine Schwangerschaft oder eine beantragte Elternzeit beruflich ausfallen, hierfür schnellstmöglich befristete Stellen auszuschreiben, um damit den Arbeitsausfall zu kompensieren.

Der BVV ist bis zum 31.10.2022 zu berichten.

Begründung:

Der Ausfall von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der offenen Kinder- und Jugendarbeit hat dramatische Folgen, so dass Angebote in den Einrichtungen nicht stattfinden können oder es zu einer dauerhaften Unterbesetzung des Personals kommt. Durch rechtlich zustehenden Urlaub der Mitarbeiter, Ferienfahrten aber auch durch einen krankheitsbedingten Ausfall, ist eine vorübergehende Schließung von Jugendeinrichtungen oftmals die Folge. Das Bezirksamt muss dafür sorgen den Regelbetrieb aufrechtzuerhalten. Eine dauerhafte Unterbesetzung ist somit keine Alternative! Da auch bei den betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Finanzierung über die Krankenkassen erfolgt und nicht weiter über das Bezirksamt, stehen die Gelder durchaus zur Verfügung. Deshalb sollten diese Gelder auch umgehend dafür eingesetzt werden.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempff/Dr. Biewener

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0204/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Familienzentrum für Alle

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt soll langfristig in jedem Sozialraum des Bezirkes ein Familienzentrum errichten. Hierzu sind auch Kooperationen mit bestehenden Einrichtungen, wie Jugendzentren oder Stadtteilzentren möglich.

Als nächste Bedarfsregion soll dabei ein Familienzentrum in Charlottenburg-City entstehen.

Der BVV ist bis zum 31.12.2022 zu berichten.

Begründung:

Familienzentren haben sich in Berlin als ein fester Baustein in der Angebots- und Versorgungsstruktur von Familien etabliert. Sie sind Anlaufstelle für Eltern mit Kindern, um zum Beispiel gemeinsam in Krabbelgruppen in den Austausch zu kommen oder Beratungen in Familienangelegenheiten zu erhalten. Die Familienzentren bilden einen wichtigen Baustein, um Familien bestmöglich zu unterstützen, Raum für Angebote zu schaffen oder auch erste Anlaufstelle bei Sorgen und Problemen zu sein. Eine Stärkung der Familienzentren und Ausweitung der Angebote ist daher ein wichtiger Baustein der Familienförderung im Bezirk.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempfb/Biewener

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0244/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Jugendfreizeiten aufstocken

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert für die Kinder- und Jugendfreizeiten in den Ferien mehr Kapazitäten und Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

Der BVV ist bis zum 31.12.2022 zu berichten.

Begründung:

Viele Familien können sich bereits jetzt schon keine gemeinsame Urlaube mehr leisten. Oft haben auch Horte nur sogenannte Feriennotbetreuungen. Kinder ab der 3. Klasse zahlen zusätzlich für die Ferienbetreuung im Hort und Kinder ab der 5. Klasse haben nur noch eine eingeschränkte Möglichkeit zur Betreuung in den Schulen. Daher ist es wichtig, dass die Ferienprogramme und Freizeitfahrten des Jugendamtes und der freien Träger aufgestockt werden. Denn Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Erholung, gemeinsame Ausflüge und wichtige Erfahrungen in der Schulfreien Zeit, unabhängig von dem Budget ihrer Eltern.